



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremen-Stadt

Unterbezirksparteitag

18. Oktober 2014

Beschlüsse

Gesamtschule Ost, Bremen

Beschlüsse

- A16/2014** **Bremer Bäder nachhaltig sanieren – Westbad und Standort Horn-Lehe langfristig sichern**
Antragssteller: Die Ortsvereine Findorff, Gröpelingen, Oslebshausen und Walle, Horn-Achterdiek, Horn-Lehesterdeich, Borgfeld und Oberneuland
- A17/2014** **Wir brauchen ein Programm des Bundes für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum**
Antragssteller: Ortsverein Schwachhausen-Nord und die AG 60 plus
- I4/2014** **Einrichtung einer Zweigdialyse in Tenever**
Antragssteller: Ortsverein Osterholz

Bremer Bäder nachhaltig sanieren**– Westbad und Standort Horn-Lehe langfristig sichern**

5 Das in Erarbeitung befindliche „Bäderkonzept“ hat die breite regionale Versorgung mit Schwimmbädern in der Stadtgemeinde Bremen für alle Nutzungsformen bedarfsgerecht sicherzustellen.

10 Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt fordert daher den Senator für Inneres und Sport als erstes auf, die verlässlichen finanziellen Rahmenbedingungen darzustellen und auf dieser Grundlage ein Konzept zur umfassenden Sanierung und Erneuerung der Bremer Bäderstandorte zeitnah vorzulegen.

15 An dieses Konzept stellt der SPD-Unterbezirk Bremen Stadt folgende Anforderungen:

1. 20 Besonderes Augenmerk und höchste Priorität bei der Aufstellung und Umsetzung des Bäderkonzeptes müssen die Standorte Westbad und Horn-Lehe haben. Dabei sind die bisherigen Nutzungsmöglichkeiten an beiden Standorten möglichst umfänglich zu erhalten.
2. 25 Mit der Schließung des Goosebades in Gröpelingen und dem anschließenden Versuch, die Nutzergruppen wie z. B. Gruppen der Rheuma-Liga, Rehagruppen und weitere Gesundheitssportgruppen bedarfsgerecht im Westbad unterzubringen, ist eine schwierige Situation entstanden. Darüber hinaus hat das Westbad schon bei der Umsetzung des Bäderkonzeptes 2002 mit der Veräußerung eines großen Teils seines Freibad-Außenbereiches (heute Liselotte-Thomamüller-Straße) als einziger Bäderstandort in Bremen Finanzmittel für die damaligen Bädersanierungsmaßnahmen generiert.
30 Angesichts dieser Beiträge des Bremer Westens zur Stabilisierung der Gesamtsituation der bremischen Bäder sind weitere Einschnitte inakzeptabel. Vielmehr ist das Westbad im Sinne der im Koalitionsvertrag festgehaltenen ressortübergreifenden Strategie zur Stärkung des Bremer Westens qualitativ nachhaltig aufzuwerten.
3. 35 Auf das Unibad kann unter dem Aspekt ausreichender Wasserflächen in der Stadtgemeinde Bremen und als Hallenbad-Standort im Bremer Nordosten nicht ersatzlos verzichtet werden. Da das Unibad aus technischen und finanziellen Gründen langfristig nicht erhalten werden kann, ist ein Ersatz-Hallenbad im Bremer Nordosten erforderlich. Dabei muss das Horner Bad als Freibad mit großem Einzugsbereich seine Liegefläche voll erhalten können. Bei der Planung des Wasserbeckens im Freibad müssen die Größe und Form des Beckens optimal an die Badebedürfnisse von Kindern und Jugendlichen angepasst werden. Die Zeitplanung des gesamten Bäderkonzeptes ist so zu gestalten, dass ein Aufschub der erforderlichen Maßnahmen zur Standortgarantie des Westbades vermieden
40 wird.
45

4. Über die berechtigten Belange des *Schul-*, Vereins- und Leistungsschwimmens hinaus sind die Interessenvertretungen aller Nutzergruppen der betroffenen Bäder und insbesondere des sehr breit genutzten Westbades und des *Horner Bades* in den Prozess einzubeziehen.
50
5. Die Öffnungszeiten aller Bäder sind öffentlichkeitsfreundlich weiterzuentwickeln. Bei der Planung der Betriebsorganisation müssen deutlich optimierte Öffnungszeiten für den Breiten- und Freizeitsport vorgesehen werden. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Hallenbäder.
55
6. Die Belange der Stadtteil- und Sportbäder, wie z. B. das Hallenbad in Huchting, das Osterdeichbad und das Sportbad in Bremen-Nord (Grohn), sind ebenfalls in das Bäderkonzept aufzunehmen.
- 60 7. Um auch Geringverdienenden und vor allem Familien mit Kindern regelmäßige Badbesuche zu ermöglichen, muss die Preis- und Angebotsstruktur insgesamt weiterentwickelt werden.
- 65 8. Der Bremer Senat und die Bremische Bürgerschaft werden aufgefordert, die für eine zügige Bädersanierung erforderlichen vorhandenen Investitionsmittel aus dem laufenden Haushalt 2014/2015 und die erforderlichen Finanzmittel in den folgenden Haushaltsjahren bereitzustellen. Hierbei ist die vorrangige Erneuerung des Westbades und des Horner Bades zu gewährleisten.

Begründung:

Schwimmen ist ein wichtiges Angebot, um den Bürgerinnen und Bürgern eine bezahlbare Form sportlicher Betätigung zu gewährleisten. Es hat weit über den Leistungssport hinaus vor allem hohe Bedeutung für die Gesundheitsförderung, als Lernort für Kinder aus dem Schul- und Vorschulbereich und für die Freizeitgestaltung aller Bevölkerungsschichten.

Bäder haben aber vor allem eine wichtige Funktion für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die berechtigten Belange des Leistungsschwimmens sind in der Gestaltung eines Teils der Bäderlandschaft als Sportstätten sicherlich zu berücksichtigen. Vorrang hat jedoch die wichtige Funktion der Bäder als bezahlbares Angebot der Freizeitgestaltung und Gesundheitsförderung für die breite Masse der Bevölkerung. Die Kombi- und Stadtteilbäder der Stadtgemeinde Bremen haben somit eine große Bedeutung für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Stadtteilen, den Regionen und unserer ganzen Stadt – unabhängig von Alter, sozialer oder nationaler Herkunft. Für eine Großstadt wie Bremen ist es daher unverzichtbar, Schwimmbäder in ausreichender Anzahl für eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung langfristig in voll leistungsfähigem Zustand vorzuhalten.

Eine herausragende Bedeutung kommt hierbei dem Westbad zu. Mit rund 237.000 Besuchern hat es die zweithöchste Besucher/innen-Zahl, gleich nach dem Südbad. Es hat einen Einzugsbereich von der Lesum bis weit in den Bremer Osten und auf die linke

Weserseite und ins Bremer Umland. Das Westbad wird von der Bevölkerung, von Familien, für den Gesundheitssport (z. B. Rheuma-Liga und weiterer Reha-Gruppen), Kindergärten, Schulklassen und zudem den Schwimmvereinen stark genutzt. Damit hat das Westbad eine herausragende Bedeutung für den sozialen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt im Bremer Westen.

Mit einem gutachterlich festgestellten Sanierungsbedarf von rund 12 Millionen Euro ist der Fortbestand dieses bedeutsamen Standortes jedoch besonders gefährdet. Dies rechtfertigt die vorrangige Sanierung bzw. den Ersatzneubau des Westbades.

Gleichzeitig bringt der Nord-Osten sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass es nicht gelungen ist, eine nachhaltige Lösung zum Erhalt beider Bäder in Horn-Lehe herbeizuführen. So ist mit der geplanten Schließung des Unibades eine wesentliche Verringerung der Wasserfläche (rund 25 Prozent) verbunden, die in der Konsequenz eine weitere Reduzierung des Schwimmbad-Angebots bedeutet.

Wir brauchen ein Programm des Bundes für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

5 Die SPD setzt sich gegen den zunehmenden Trend ein, dass Wohnen, insbesondere in unseren Großstädten, zum Luxusgut wird.

10 Die SPD setzt sich für eine faire und soziale Gestaltung des Wohnungsmarktes ein. Durch nachhaltige Baupolitik wollen wir ein weiteres Auseinanderdriften des Wohnungsmarktes verhindern.

15 Die Mietpreise (nicht nur in der Stadt Bremen) steigen. Früher prägte eine Mischung aus gehobenen Preissegmenten und bezahlbarem Wohnraum das Stadtbild. Heute stehen oft nur noch kaum erschwingliche Mietwohnungen zur Verfügung. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind Menschen mit geringen Einkommen, insbesondere junge Familien, Alleinerziehende, Rentner und Studierende.

20 In „besseren Stadtquartieren“ sollte Wohnraum für Menschen mit weniger hohen Einkommen zur Verfügung stehen, aber auch umgekehrt. So sollte in Stadtteilen mit niedrigem Einkommensniveau höherwertiger Wohnraum, der auch barrierefrei sein muss, geschaffen werden, damit diejenigen, deren Lebenssituation sich verbessert hat, sich positiv entwickeln können.

25 Neben dem sozialen Wohnungsbau, benötigen wir in unseren Großstädten auch bezahlbare Eigentumswohnungen. Insbesondere Familien mit einem mittleren Einkommen (unter 70.000,- Euro Jahreseinkommen) dürfte es in der Regel an den notwendigen Mitteln fehlen, um eine Neubauwohnung in beliebten Stadtteilen zu erwerben. Auch diese Entwicklung lässt sich zahlenmäßig belegen

30 Nach aktuellen Prognosen liegt der Bedarf an neuen Wohnungen beispielsweise in Bremen bis zum Jahr 2020 bei ca. 14.000 Einheiten. Das macht allein in Bremen einen Neubaubedarf von rund 1.400 Wohnungen jährlich.

35 Besonderer Bedarf besteht bei Wohnungen mit einem Mietniveau bis 6,50 Euro Bruttokaltniete pro Quadratmeter. Das ist für Hartz-IV-Haushalte die Mietobergrenze. Ziel muss es sein, den Bestand an preiswerten Wohnungen erheblich zu erhöhen.

40 Um der sozialen Spaltung entgegenzuwirken, muss das Ziel deshalb sein, dass 25 Prozent der neuen Wohnungen im unteren Mietsegment entstehen. In Zahlen ausgedrückt heißt dies, dass beispielsweise in der Stadt Bremen ca. 350 neue Wohnungen jährlich für Bürgerinnen und Bürger mit geringen Einkommen zur Verfügung gestellt werden müssten.

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft hat vor kurzem erneut bestätigt, dass die Nachfrage nach Wohnraum steigen wird. Im Gegensatz zum ländlichen Raum,

45 wo es immer mehr Leerstände geben wird, werden Städte wie Bremen bis 2030 ein Nachfrageplus verzeichnen. Ballungszentren, wie München, werden noch höhere Nachfragen erleben. Gerade für ältere Menschen werden Städte immer attraktiver.

Zudem können auch die erhöhten Flüchtlingszahlen die Nachfrage nach bezahlbarem
50 Wohnraum zunehmend ansteigen lassen, denn dieser Personenkreis sollte möglichst schnell in eigene Wohnungen umziehen, um die Integration zu erleichtern.

Durch das Auslaufen der Sozialbindungen bei vielen Wohnungen – wie beispielsweise in Bremen – wird die Lage noch zusätzlich verschärft, 1990 standen ca. 70.000 dieser
55 Wohnungen zur Verfügung, bis 2020 werden es nur noch 5.500 sein.

Alle bisher vorgenommenen Anstrengungen haben nicht zum erhofften Ziel geführt, den Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen, Studenten und Rentnern zu erhöhen.
60

Vor diesem Problem stehen alle Bundesländer mit Großstädten, wie Hannover, München, Stuttgart, Köln und die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin.

Die SPD unterstützt den möglichen Verkauf von städtischen Flächen zu vergünstigten
65 Konditionen durch die Wohnungsbau- und Modernisierungsförderung sowie den Ausweis zusätzlicher Flächen in bevorzugten Stadtteilen, aber die Aufgabe sollte nicht allein auf den Schultern der Länder ruhen.

Dieser gewaltigen Aufgabe ist kein Bundesland alleine gewachsen. Alle bisher unter-
70 nommenen Anstrengungen der einzelnen Bundesländer haben nicht zu einer signifikanten Entspannung auf dem Wohnungsmarkt geführt.

Damit sich der Wohnungsmarkt signifikant entspannen kann, muss der Bund die Länder und Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen.
75

Es gilt dabei nicht, nur den Neubau von Wohnungen im Blickfeld zu behalten, sondern auch den Augenschein auf Wohnungen mit Sozialbindungen zu legen. Hier muss langfristig ein größerer Bestand gesichert werden.

80 Die SPD spricht sich daher dafür aus, dass der Bund ein Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus auflegt.

Die Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, sich für dieses Ziel einzusetzen.
85

5 Seit Jahren fordern ein Ärzteteam und die SPD im Bremer Osten die Einrichtung einer Zweigdialyse im Hause der Gewoba in Tenever. Die ältere Bevölkerung und besonders die Dialysepatienten bedürfen besonderer Teilnahme und Fürsorge. Geeignete Räume bei der Gewoba stehen nur noch bis Ende des Jahres zur Verfügung. Aus diesem Grund ist Eile geboten.

10 Seinerzeit hatte die Kassenärztliche Vereinigung (KV), mit nicht nachvollziehbaren Argumenten den Antrag der Ärzte abgelehnt, so dass diese gezwungen waren, das Sozialgericht anzurufen. Das Sozialgericht ist total überlastet und wird in nächster Zeit keine Entscheidung treffen können.

15 In der Zwischenzeit fanden Gespräche zwischen dem Anwalt der Ärzte und Mitgliedern der KV Geschäftsleitung statt, die den Eindruck widerspiegeln, man könnte eine Einigung in der Streitsache erreichen. Dies geht besonders daraus hervor, dass die KV Auflagen machte, die Bremer Heimstiftung und die Egestorff Stiftung mit einzubeziehen. Außerdem wurde von der Gewoba ein plausibles Konzept verlangt.

20 Die Äußerung des KV Vorsitzenden, die KV „beharre auf die Entscheidung des Sozialgerichtes“ enttäuscht uns auf der ganzen Linie.

So kann man mit Bürgern, die sich für eine gesundheitspolitische Verbesserung einsetzen, nicht umgehen. Aus diesem Grunde fordern wir das Einschreiten der Sozialdemokratischen Mitglieder des Senats.

25 Die SPD setzt sich nachdrücklich dafür ein, im Bremer Osten die Einrichtung einer Zweigdialyse in Tenever zu realisieren.